

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Quartalsheft: 200 Seiten
Preis: 20,-

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Amtmanns Riesa und des Amtmanns Weiskirchen.

Postkonto: Dresden 1556
Direktions-Riesa Nr. 52

Nr. 75.

Freitag, 28. März 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat April 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Austritts von Produktionsbetriebern, Geschäften der Wohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Stellen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Vermittlung der Anzeigen, wenn der Betrag verfallt, durch Anzeigen in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nächtliche Anzeigenpreise, wenn der Betrag verfallt, durch Anzeigen in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nächtliche Anzeigenpreise, wenn der Betrag verfallt, durch Anzeigen in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Abschluß des Hitler-Ludendorff-Prozesses.

Verkündung des Urteils am 1. April.

München, 27. März. Zu Beginn der heutigen Sitzung verliest der Vorsitzende ein Telegramm des Reichsratspräsidenten in Berlin, das sich gegen die Ausführungen Dr. Krieger über seine Unterhandlungen mit General Seckt wendet. Justizrat Krieger hält demgegenüber seine gestrige Behauptung aufrecht und weist klar vor, eine bewusste Fälschung der öffentlichen Meinung über den Inhalt seiner Unterhandlungen mit Krieger bezüglich der Errichtung eines Direktoriums herbeigeführt zu haben, und erklärt, er sei jederzeit bereit, diesen Vorwurf in einem solchen Rahmen zu stellen, daß ihm Gelegenheit haben sollte ihn vor Gericht zu klären.

Darauf gibt der Erste Staatsanwalt Dr. Stenglein die Erklärung ab, daß er sich einer Erwiderung auf die Ausführungen der Verteidigung enthalte.

Die Schlussreden der Angeklagten.

Von den Angeklagten erhält als erster Oberstleutnant Friebe das Wort zu Schlussausführungen, wobei Krieger betont, er habe noch viel verschwiegen, weil er Freunde und Kameraden in Bayern und im Reich nicht dem Staatsanwalt ausliefern wollte. Er erklärte ferner, daß das gewalttätige Vorgehen gegen Berlin von den Herren Krieger, Hoffow und Seiffer vorbereitet war. Was er angeordnet habe in seiner Eigenschaft als militärischer Führer des Kampfbundes, vor und während des 8. und 9. November, dafür übernehme er die Verantwortung selbst und allein, und er bitte den Staatsanwalt nochmals inständig, daß die Haftbefehle gegen die Männer, die nachgewiesenemahnen nichts anderes getan hätten, als Befehle von ihm zu befolgen, endlich aufgehoben werden. Der Angeklagte schloß: Ich bekenne mich rückhaltlos zu der Tat vom 8. und 9. November. Wenn ich heute noch einmal vor diese Frage gestellt würde, würde ich genau so handeln. Das unsere Tat vom 8. November gescheitert ist am Aug und Vorbruch dreier ephemerer Geister, betone ich hier insbesondere.

Darauf spricht der Angeklagte Oberlandesgerichtsrat Boehner, der u. a. ausführt, er habe seinen Brevet erhalten weder an seinem König noch Volk noch an seinen Gefinnungsgenossen. Es komme auf die Kardinalfrage an: Was ist denn das für ein Staat, der im November 1918 geschaffen wurde? Es sei ein Vertrag und ein Landesverrat gewesen, verübt von Juden und Deserteurern an deutschen Völkern. Das sei keine gutgemeinte Diktatur im Sinne einer christlichen Kulturaufrichtung. Boehner klagt darüber, daß sich bei der Revolution die Beamten gegenüber jeder neuen Revolutionärsregierung schweigend immer wieder auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellten. Viele hohe Beamte aus den Ministerien hätten aus diesem Volksverrat privaten Vorteil gezogen, namentlich Beamte in den Zentralstellen in Berlin.

Der Angeklagte Fricke betont, daß mit ihm überhaupt kein Stichwort verhandelt wurde.

Weber bezeichnet es als unrichtig, daß seine Zustimmung zum Unternehmen eingeholt und von ihm selbstverständlich und bereitwillig gegeben wurde. Unrichtig sei, daß er das Schreiben Kriegers vor seiner Abfertigung gefaltet hätte. Er habe den selben Vorhaben gehorcht, im Sinne der legalen Nachhabe zu handeln. Ferner sei es unrichtig, daß er am 7. Oktober einigen Führern des Bundes Oberland erklärt hätte, daß es am nächsten Tage zur Entscheidung und zwar in schwarzweißerem Sinne kommen werde. Es sei richtig, daß er am 7. November abends Alarmbefehle gegeben habe, jedoch nicht mit gefälschter Unterschrift. Dr. Weber betonte weiter, seine Aufgabe sei es gewesen, ein Instrument zur Verfügung zu stellen, das fähig war, an der Schaffung eines neuen Großdeutschland mitzuwirken. Der Angeklagte weist schließlich die Behauptung zurück, er habe sein Wort gebrochen oder seine Verpflichtung als Beamter verletzt. Er trage mit Hitler zusammen die ausschließliche und alleinige Verantwortung für das Unternehmen.

General Ludendorff

aus, er sei stolz darauf, daß er Seite an Seite mit diesen Männern stehe, und daß er mit diesen Männern das Schicksal teilen werde. Am 22. März 1904 habe sein Ringen für das Volk begonnen. Ludendorff legte dar, wie er seiner Zeit aus dem Generalstab verließ wurde, weil er mit seinem Plan der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht durchgedrungen war. Im Weltkrieg war die

Masse des Volkes immer stärker gegen ihn, weil es unter dem Zwange der Lage von ihm mehr als je verlangte. Die verantwortlichen Stellen hätten sich aber der großen Aufgabe nicht gewachsen gezeigt, und nun sei das Unheil da. Nur in der völkischen Bewegung habe er Männer angetroffen, die für den Dienst am Vaterlande bereit waren. Wenn der völkische Gedanke nicht die weitesten Kreise des Volkes ergreifen sollte, so wäre das schlimmer als ein verlorener Krieg. Er erhebe vor aller Welt seine warnende Stimme. Wenn die völkische Bewegung sich nicht durchsetze, seien wir verloren für immer. Wir würden ein neues Versailles erleben, das schlimmer sei als das andere Versailles. Ludendorff schloß: Hören Sie meine Stimme, hören Sie den Schrei der deutschen Seele nach Freiheit. Geben Sie durch Ihren Spruch die Männer dem Volk wieder, denn die Aufgabe dieser Männer ist, das Volk weckhaft zu machen und zur Tat zu erziehen.

Darauf ergriff

Der Angeklagte Hitler

das Wort. Der Angeklagte beschäftigte sich einleitend mit den Revolutionärswirren in Bayern im Februar 1919 und eröffnete dann die Frage, wann ein Hochverrat gelungen sei. Hitler zieht zur Beantwortung dieser Frage drei Beispiele heran, Otto von Bismarck, Kemal Pascha und Mussolini. Nach Hitler haben diese drei Hochverrat begangen, aber dieser Hochverrat endete bei Bismarck damit, daß er das einzige Deutsche Reich schuf. Die Novemberrevolution von 1918 wäre vor der Geschichte berechtigt gewesen, wenn sie schickliches befestigt hätte. Die Novemberrevolution von 1918 sei kein Hochverrat, sondern Landesverrat gewesen. Sie sei wirtschaftlich ein ungeheures Unglück geworden. Sie hätte wenigstens die Ehre der deutschen Nation retten müssen.

Hitler fährt fort: Wenn das Gesetz einst wieder in Deutschland beachtet werden sollte, dann müßten Landesverrats die Volkstretter von 1918 unter Anklage gestellt werden. Hitler betont weiter, sein Arbeiten sei darauf ausgegangen, ein staatspolitisches Volk heranzuziehen und Deutschland die Stellung in der Welt zu geben, die es verdient. Als wir sahen, wie man vor den Orientkommissionen auf dem Bauche rutschte, da haben wir Trotz in die Herzen gesetzt, wir haben Vaterlandsliebe zu erwecken versucht und haben den Haß gepredigt. Wir haben geglaubt, daß die Aufklärung eine Propaganda sein mußte zur Vernichtung der Herrscher des Vaterlandes. Nehmen Sie die Ueberzeugung mit, daß ich die Erringung eines Ministerpräsidentenpostens für nicht erstrebenswert angesehen habe. Was mir vor Augen stand, das war tausendmal bedeutender und größer als ein Ministerposten. Ich wollte der Herrscher des Marxismus werden.

Hitler schließt: Krieger habe eines gefehlt, was auch zur Größe gehöre, die Erkenntnis, daß ein Nachhabe nicht nur geliebt, sondern auch gehaßt werden könne. Als er mit den Herren ging, da glaubte er die Stunde gekommen, und diese Herren hätten alles getan, um diesen Glauben zu erhalten. Wenn sie das heute ableugnen, dann sei das Unwahrscheinlich. Nicht die Staatsform habe er ändern wollen, sondern nur den schmählichen Inhalt der Deutschen Republik beseitigen wollen. Krieger hätte vorher sagen müssen, was er unter dem Reich nach Berlin verstand. Er habe das nicht getan, und die Folgen müßten nun die drei tragen. Er habe die Mütze, die Herren nicht in das Gefängnis werfen zu lassen, die in Treue gegenüber dem gemeinsamen Völkern handelten. Die Tat am 8. November sei nicht misslungen. Das sichtbare Zeichen dieser Tatsache sei, daß sich das deutsche Volk mutiger und gleich einer Sturmflut erhebe. Hitler kommt dann zu folgenden Schlussworten: „Unsere Armeen wärdt von Stunde zu Stunde schneller, und wir haben die Hoffnung, nach wie vor, daß die Stunde der Tat kommen wird. Bei dem letzten Gottesgericht, das die Geschichte werden wird, wird auch das Urteil über unsere Tat gefällt werden. Wägen Sie uns schuldig sprechen, das Gottesgericht wird den Antrag des Staatsanwalts anerkennen und uns freisprechen.“

München. Nachdem Hitler seine Ausführungen beendet hatte und nachdem die Angeklagten Krieger, Fricke, Wagner und Permet auf jedes weitere Schlusswort verzichtet hatten, schließt der Vorsitzende um 12 Uhr die Sitzung. Das Urteil wird am 1. April vormittags 10 Uhr bekannt gegeben.

Die Tagung der deutschen Industrie.

Zum ersten Male haben die beiden industriellen Spitzenverbände, der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ihre Tagung gemeinsam gehalten und in des deutschen Reiches Hauptstadt ihre gemeinsamen Ziele und Anschauungen in impavolenten Versammlungen festgelegt. Schon der Empfang der deutschen Industrie am Mittwoch im Hotel Splendid war die größte gesellschaftliche Veranstaltung, die Berlin seit dem Kriege gesehen, und die Hauptversammlung am Donnerstag in der neuen Staatsoper am Königsplatz, dem alten Kroll'schen Theaterbau, vereinigte alles, was Berlin in bekannten Namen der Politik, der Kunst und Wissenschaft aufzuweisen hat mit den Führern der Industrie im ganzen deutschen Reich. Es war ein Barock von Charakter, das sich dem Auge des Betrachters zeigte, und hinter

jedem dieser Männer stand ein Werk, stand eine volle Lebensarbeit, stand Macht und Einfluß in weiten Kreisen. Über das Parlament der deutschen Industrie sollte, wie der Vorsitzende der Tagung Reichstagsabgeordneter Dr. Ing. Seeger betonte, keine repräsentative Veranstaltung sein, sondern eine Tagung erster Arbeit und notwendiger Einigung in schwerer Zeit. Auf drei wichtigsten Bekenntnissen war die Industrietagung des Jahres 1924 aufgebaut, dem Bekenntnis der Autorität des Staates, der Gesundheit der Wirtschaft und der Hebung der Wehrkraft des Volkes gegenüber den vielen Angriffen, daß die deutsche Wirtschaft einen Staat im Staat bilden wolle, betonte der Vorsitzende und betonte die Hauptbedeutung der Veranstaltung, insbesondere der Generaldirektor und Reichstagsabgeordneter Dr. Adler, einer der genialsten Führer unserer Wirtschaft, daß die Wirtschaft die Autorität des Staates unbedingt anerkennen und sich hinter die Regierung stellen.

Die Mahnung, die auf der Kölner Tagung des Arbeitgeberverbandes Dr. Stresemann an die Industrie gerichtet hatte, sie möchte sich nicht von ihren wirtschaftlichen Sorgen aufschrecken lassen, sondern um die Politik, die Vorbedingung und Grundlage der wirtschaftlichen Erfolge, mehr kümmern ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Die Industrie will mit der Regierung Hand in Hand arbeiten und ist bereit, die Opfer, die der verlorene Krieg von uns verlangt, zu tragen, nur müssen es ablässbare Opfer sein. Opfer und Lasten, wie sie der Feind von uns für ewige Zeiten als dauernde Fesseln verlangt, müssen abeuloben werden. Die Gesundung der Wirtschaft ist die Vorbedingung auch für den Wiederaufbau unserer Kultur und deswegen ist die von der Industrie stets verlangte größere Produktivität unserer Industrie auch zugleich eine Forderung der Kultur und des Wiederaufbaus unseres geistigen Lebens. Die Industrie muß zur Zeit von der Arbeiterschaft größere Leistungen verlangen, wenn sie den Reparationsverpflichtungen gerecht werden und existenzfähig bleiben soll; aber sie denkt keineswegs an ein Diktat über die Arbeiterschaft, an die Betonung des bloßen Herrenstandpunktes, sondern will die Arbeits- und Volksgemeinschaft. Arbeiter und Wirtschaft sollen sich verständigen und gemeinsam die Lasten tragen, die uns der Siegeswille der Feinde auferlegt. Mit Recht hat der Arbeitsminister Dr. Brauns betont, daß er die Volksgemeinschaft, trotzdem sie vorläufig geschwächt ist und ruht, keineswegs als endgültig benachteiligt ansieht, sondern ihre Wiederaufleben im Interesse der deutschen Wirtschaft erhofft. Die Hebung der Wehrkraft des Volkes ist aber zugleich die Hebung der Wehrkraft des Volkes, ohne die eine starke und rettende Politik nicht gemacht werden kann.

Zur Reichstagswahlbewegung.

Die Deutsche Volkspartei in Ostschlesien.

Die Kandidaten für die Reichstagswahl.

Der Wahlvorstand der Deutschen Volkspartei Ostschlesien m. H. folgende Namen führen:

1. Vorsitzender Dr. Heinze, M. d. R., Dresden
2. Landtagsabg. Syndikus Dr. Rud. Schneider, Hofterwitz
3. Landtagsabg. Verbandsgeschäftsführer Voigt, Dresden
4. Innungsoberrichter Lunsch, Bautzen
5. Landtagsabg. Rechtsanwalt Dr. Gerwig, Dresden
6. Gutsherr Dr. Diemer v. Schönberg, Waffroda
7. Volksschuloberlehrer Leubold, Dresden
8. Regierungsbaurat Dr. Hartwig, Dresden
9. Frauenteilnehmerin, Dresden
10. Eisenbahninspektor Dienrich, Königstein
11. Rechtsanwalt Wenzel, Zittau
12. Bäcker Stamm, Weichenberg
13. Kaufmann Kallus, Großenhain
14. Lokomotivführer Fchora, Riesa
15. Kaufmann Sed, M. d. R., Dresden
16. Staatsminister Dr. Kaiser, Dresden.

Die Deutsche Volkspartei Ostschlesien war im alten Reichstage anker durch Dr. Heinze durch Dr. Sorge (Berlin) und D. Coerling (Berlin) vertreten. Da beide Herren — Dr. Sorge als Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie und D. Coerling als Vorsitzender des Schlichtungsausschusses für den notleidenden ostschlesischen Mittelstand — Reichsinteressen vertreten und dazu in Berlin ihren Wohnsitz haben, beschloß der Vertretertag, den Reichsparteivorstand zu ernennen, beide Herren an sicherer Stelle des Reichswahlvorstandes anzuschließen.

Deutsche demokratische Partei.

Der demokratische Parteivorstand betont u. a. folgendes: Wir stellen das Vaterland über die Partei. Sätte man auf uns gehört und die Steuern rechtzeitig auf wertbefähigter Grundlage aufgebracht; schwerer Unheil wäre dem deutschen Volke erspart geblieben.

Wir waren Gegner der Unterschrift des Versailles Vertrags, der auf einer schandvollen Verletzung der uns feierlich zugehaltenen 14 Punkte Wilsons beruht. Immer wieder hat die Demokratie auf das Unrecht dieses Vertrags hingewiesen. Niemals findet sie sich mit dem erprehten Geständnis ab, als ob Deutschland die Alleinverantwortung für den Krieg trage. Nachdem aber der Vertrag unterzeichnet war, ist die veruchte vielgeschmähte Erfüllungspolitik die einzig mögliche Befreiungspolitik. Für die Befreiung deutschen Landes, für die Rettung der deutschen Einheit finanzielle Opfer zu bringen, ist nicht Schwäche, sondern wahrhafte Stärke.

Wir werden auch in Zukunft Klassenhaß und Klassenhaß bekämpfen. Weil wir das tiefe religiöse Empfinden dem deutschen Volke erhalten wissen wollen, wenden wir uns gegen jeden Versuch, konfessionelle Zwietracht zu schaffen. Wir haben die Weimarer Verfassung verteidigt. Deutschland ist eine Republik! Das deutsche Volk muß begreifen, daß nicht die Lehren der äußersten Linken und der äußersten Rechten uns retten können. Wir brauchen eine starke Mitte, die bereit ist, ohne demagogische Abstrafen, in einem gerechten sozialen Ausgleich allen Volksschichten die für den Staat erforderlichen Opfer aufzuerlegen. Nur eine starke Mitte ermöglicht die Bildung einer starken Regierung und verhindert die Gefahr künftiger Krisen.

Die letzten Jahre haben bewiesen, daß jede Partei, die zur Uebernahme der Verantwortung bereit war, die Linie der Demokratie einhalten mußte. Das ist eine starke Rechtfertigung unserer Politik.

Der Reichsverband evangelischer Eltern- und Volksbünde, der über zwei Millionen wahlberechtigter Mitglieder zählt, erklärt zu den Reichstagswahlen einen Aufruf, in dem er verlangt, daß die Kandidaten sich zur zehnjährigen Sicherung der Befreiungspolitik verpflichten.